

Volksbegehren „Wasser“ vor dem Verfassungsgericht

Berliner Verfassungsgerichtshof prüft Ablehnung durch den Senat. Das Urteil ergeht am 6. Oktober.



Wasser: Steht der Senat bald im Regen?

Foto: ck

Am 14. Juli fand vor dem Berliner Verfassungsgerichtshof die Anhörung zum Volksbegehren „Schluss mit Geheimverträgen - Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ statt. Fast 40.000 Berlinerinnen und Berliner unterstützten das von der Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ gestartete Volksbegehren, 20.000 wären nur nötig gewesen.

In der so genannten Zulassungsstufe überprüfte der Berliner Innensenator die Zulässigkeit. Im Falle des Wasservolksbegehrens entschied er, dass das Volksbegehrensgesetz zur Offenlegung von Geheimverträgen gegen höherrangiges Recht, insbesondere gegen die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse privaten Kapitaleigner verstößt.

Gegen die Ablehnung hat die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ vor dem Berliner Verfassungsgerichtshof Einspruch eingelegt. Deswegen fand am 14. Juli die Anhörung statt.

Die Bürgerinitiative wurde von dem Wirtschaftsjuristen und Vorstandsvorsitzenden der Berliner Verbraucherzentrale Prof. Kessler vertreten. In der Anhörung wurde dem neuen Ausführungsgesetz zu Volksbegehren viel Raum eingeräumt. Vor allem wurde die Frage erörtert, ob der Senat bei der

Prüfung von Volksbegehrensanträgen „höherrangiges Recht“ (Grundrechte) als Prüfungskriterium anlegen darf, ob er also einen weiten oder einen engen Prüfungsrahmen hat. Denn die neue Berliner Verfassung von 2006 sieht diese Prüfung nicht mehr explizit vor.

Grundrechtsbindung für öffentlich-private Verträge?

Dieser „Redaktionsfehler“ wurde von der Kanzlei, die das Abgeordnetenhaus Berlin beauftragt hat, eingestanden und könnte dazu führen, dass die Argumentation des Senats, die zur Ablehnung des Volksbegehrensantrages geführt hat, rechtlich hinfällig ist. In diesem Fall wäre der Start für die zweite Stufe des Volksbegehrens frei. Aber die politisch spannendere Frage als die oben dargelegten Probleme zum Ausführungsgesetz, ist die Klärung der Frage: Unterliegen Verträge, die der Staat mit privaten Unternehmen schließt, den Grundrechten, wie sie private Unternehmer haben, oder darf sich der Staat (der Senat) wie „natürliche Personen“ auf die verfassungsrechtlich gewährleis-

teten Grundrechte – und damit auf die Vertragsfreiheit – berufen?

Grundrechte sind Abwehrrechte der Bürgerin/des Bürgers gegen die Omnipotenz und Omnipräsenz des Staates. Der Staat ist an die Grundrechte gebunden, darf sich aber auf dessen Schutzwirkung nicht berufen. Dem Senat als Träger staatlicher Gewalt sollte es somit nicht gestattet sein, sich den Schutz von Grundrechten über den Umweg einer Vertragsschließung mit Privaten (wie VEOLIA und RWE) zu erschleichen. Auch wenn der Staat die öffentliche Daseinsvorsorge – hier die Wasserver- und -entsorgung privatisiert oder teilprivatisiert, unterliegen die privaten Anteilseigner gemeinsamer Unternehmen der Grundrechtsbindung, genauso wie der Staat. Vor allem dann, wenn der Staat die Mehrheit an einem Unternehmen hält, wie im Beispiel der Berliner Wasserbetriebe. Auch über diese grundlegende Frage wird der Verfassungsgerichtshof am 6. Oktober hoffentlich entscheiden.

Heidi Kosche,
Mitglied des Abgeordnetenhauses
Infos unter:
www.berliner-wassertisch.net

Rot-Rot zementiert Chancenungleichheit

Worum ging es bei der Schulreform ursprünglich? Kurz gesagt, um die Gleichwertigkeit der Bildungsgänge und mehr Chancengleichheit. Die soziale Herkunft sollte nicht länger über den Bildungserfolg entscheiden. Was SPD und Linke nun zu Stande gebracht haben, verdient die Bezeichnung Reform jedoch nicht.

Eine Reform wäre es gewesen, wenn die soziale oder ethnische Herkunft der Kinder ihren schulischen Erfolg weniger als bisher vorherbestimmen würde. Eine Reform wäre es gewesen, wenn alle Kinder nach ihrem individuellen Bedarf gefördert würden, statt befürchten zu müssen, nach kurzer Zeit wieder „abgeschult“ zu werden. Eine Reform wäre es schließlich gewesen, wenn Selektionsinstrumente wie das Sitzenbleiben, das Probehalbjahr und das Abschulen, alles Relikte aus Kaisers Zeiten, generell abgeschafft werden würden.

Nichts davon soll die Reform nunmehr leisten. Zwar soll das Probehalbjahr am Gymnasium auf ein Jahr verlängert werden, aber der grundlegende Unsinn der Probezeit bleibt bestehen. Was geschieht denn, wenn ein Schüler seine Probezeit am Gymnasium nicht besteht und zwangsweise auf die Sekundarschule muss? Er steht als Versager und Verlierer da – in seinen Augen, in den Augen seiner Mitschüler und in denen seiner Eltern. Diesen Kindern wird am Gymnasium wieder einmal gesagt, wie wenig sie können, anstatt ihre tatsächlichen Fähigkeiten und Talente herauszuarbeiten und zu fördern. Das Probejahr ist zugleich ein Instrument, welches die Gymnasien als vermeintlich bessere Schulen privilegiert. Die Sekundarschule als solche ist sicherlich keine Versageranstalt, aber der pädagogische Effekt ist gleichwohl verheerend. Von der behaupteten Gleichwertigkeit der beiden Bildungsgänge – immerhin eines

der Kernanliegen der Reform – kann keine Rede mehr sein. Im Gegenteil, der rot-rote Kompromiss verstärkt die soziale Entmischung und führt die Reform ad absurdum.

Nicht minder absurd ist es, bei Übernachtung die Hälfte der Schüler, insbesondere an Gymnasien, per Los bestimmen zu wollen. Ein großer Teil wird das Probejahr nicht bestehen und muss das Gymnasium wieder verlassen. Außerdem ist die scheinbar so objektive Chancengleichheit des Losverfahrens eine Illusion. Kinder aus sozial- oder sprachlich benachteiligten Elternhäusern werden von vornherein viel weniger im Lostopf landen, als Kinder von engagierten und mobilen Eltern. Wie das Losverfahren schließlich in der Praxis umgesetzt, kontrolliert und der Missbrauch verhindert werden soll, steht in den Sternen.

Das Elternwahlrecht ist zweifelsohne ein hohes Gut. Daran darf aber eine dringend nötige Reform nicht scheitern. Wer im Ergebnis keine Privilegierung der Gymnasien möchte, muss gleiche und gar strenge Zugangskriterien definieren, mit Verzicht auf ein Probejahr. Wenn ein Beratungsgespräch mit Eltern nicht hilft, muss den Schulen mehr Eigenverantwortung und Entscheidungskompetenz zugestanden werden, anstatt sie zum Spielball einer pseudogerechten Lotterie zu machen.

Özcan Mutlu,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
bildungspolitischer Sprecher

Mir geht es bei den Grünen gut

Mit dem Stachel sprach die ehemalige SPD-Abgeordnete Canan Bayram nach ihrem Wechsel zu den Grünen über ihre Arbeit im Wahlkreis.

Stachel: Canan, Du bist direkt gewählte Abgeordnete in Friedrichshain. Was gefällt Dir besonders an Friedrichshain?

Canan Bayram: Ich lebe mit meiner Tochter Johanna in Friedrichshain. Ich mag besonders den Drachenspielplatz und die netten Läden im Samariterkiez. Ich arbeite in Friedrichshain als Rechtsanwältin und bin dadurch vernetzt mit den Gewerbetreibenden. Dort erhalte ich Unterstützungen für meine Initiativen „Bündnis für Familie“ und „Initiative gegen Rechts in Friedrichshain“, die ich mit anderen gemeinsam gegründet habe.

Ich mag auch den Trödelmarkt und den Wochenmarkt auf dem Boxi. Besonders gut entwickelt hat sich die Gegend am Ostkreuz. In der Neuen Bahnhofstraße und auch in der Sonntagstraße tut sich was. Es gibt immer wieder Neues zu entdecken.

Ich mag die Vielfalt, die Offenheit und die Kreativität in Friedrichshain.

Stachel: Was hat Dich in diesem Jahr in Deinem Wahlkreis am meisten berührt?

Canan Bayram: Ich habe seit zwei Jahren viel Zeit und Kraft darauf verwendet, dass der rechte Laden im Ring-Center geschlossen wird. Doch kaum dass die Schließung absehbar wurde, hat ein neuer Laden – das Tromso – in der Petersburger Straße geöffnet. Das erinnert ein wenig an Sisyphos und den Stein.

In enger Kooperation mit der Samariterkirche in der Samariterstraße ist es uns gelungen, einen jungen Tschetschenen so lange in der Kirche zu beherbergen, bis er das Recht auf die Durchführung eines



Unsere Friedrichshainerin: Canan Bayram

Foto: Oliver Münchhoff

Asylverfahrens erworben hat. Das wäre ohne die Unterstützung durch die Mitglieder des Petitionsausschusses im Abgeordnetenhaus von Berlin kaum gelungen.

Stachel: Woran arbeitest Du gerade in Deinem Wahlkreis?

Canan Bayram: Wie in den letzten drei Jahren werden wir als Initiative

gegen Rechts wieder einen Stand auf der Biermeile haben. Zusätzlich haben wir bei einer Bühne das Programm mitgestaltet und werden eine Diskussionsrunde zum Thema Biermeile und rechte Gewalt veranstalten.

Das Bündnis für Familie werde ich neu organisieren. Unsere grüne Jugendstadträtin Monika Hermann hat mir bereits Unterstützung zugesagt.

Ich will außerdem gern eine Initiative für Selbständige in meinem Wahlkreis starten, die die Situation

der Selbständigen stärker in den Blick nimmt. Es gibt viele Kleinunternehmen in Friedrichshain, die teilweise aus dem Studium heraus unternehmerisch tätig werden. Dies sind oft kreative und hoch motivierte Menschen. Diesen Menschen die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ihre Unternehmen Erfolg haben, sehe ich als ein anstrengenswertes Ziel an.

Stachel: Seit drei Monaten bist Du Mitglied der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Wie geht es Dir?

Canan Bayram: Mir geht es gut. Ich bin erfreut über die freundliche Aufnahme und die gute Zusammenarbeit.

Stachel: Danke für das Gespräch und weiterhin viel Erfolg bei deiner Arbeit.

Das Gespräch führte für den Stachel Dirk Behrendt

Canan Bayram ist 43 Jahre alt, lebt mit ihrer vierjährigen Tochter Johanna in Friedrichshain. Die Rechtsanwältin ist Integrations- und Migrationspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion im Abgeordnetenhaus und Mitglied in den Ausschüssen für Integration, Arbeit und Soziales sowie Inneres, Sicherheit und Ordnung. Sie ist erreichbar unter Canan@friedrichshainerin.de.

Sprechstunde zu Migrationsfragen

mit Canan Bayram

im Büro der Kreisgeschäftsstelle, Dresdener Straße 10, 10999 Berlin.
Jeden 3. Mittwoch im Monat, nächster Termin: Mittwoch, 16.09.09, 14-15 Uhr
- Bitte vorher anmelden unter Tel. 614 3146 -